

Editorial

Durch die Aktualität und Prominenz demographischer Debatten in Deutschland und Israel angeregt, beleuchtet dieser Band die wechselseitige Beziehung zwischen Demographie, Demokratie und Geschichte in beiden Ländern. Ziel ist es, eine zugleich historische und vergleichende Perspektive zu diesem Diskurs beizutragen – nicht um die eine oder andere Position in der Demographiedebatte zu fördern, sondern um der aktuellen Diskussion historische Tiefenschärfe zu verleihen.

Wie die in diesem Jahrbuch vorgelegten Studien illustrieren, dokumentiert die Bevölkerungswissenschaft nicht nur Entwicklungen der Bevölkerung in Zeit und Raum, sondern unterliegt natürlich selbst auch solchen Entwicklungen. Deshalb geht es hier nicht nur um Demographie *und* Geschichte oder um Demographie *als* Geschichte – alle Beiträge nehmen immer auch auf die Geschichte *der* Demographie Bezug und auf die Art und Weise, wie die Geschichte den demographischen Diskurs beeinflusst und formt. So können einerseits demographische Daten das Verständnis historischer Prozesse fördern, während andererseits Geschichte das Verständnis der Demographie als Wissenschaft zu erweitern vermag.

Bevölkerungswissenschaftliche Daten, so der Anspruch, sollen nicht nur objektiv sein und auf anerkannten Forschungsmethoden beruhen, sie sollen auch dazu dienen, bestehende demographische Trends zu fördern oder zu hindern. Ohne die durch demographische Methoden zur Verfügung gestellten Daten ist die effiziente Verwaltung einer modernen Wissensgesellschaft nicht denkbar. Ihr Input ist für die Ausformulierung und Administrierung von Regionalplanung, Familien- und Wohlfahrtspolitik sowie infrastruktureller Entwicklung unabdingbar. Das Sozialversicherungssystem eines modernen Staats stützt sich auf Daten über Lebenserwartung, Fertilität und Heiratsverhalten, Größe und Wachstum der Bevölkerung und ihre altersmäßige Verteilung. Zugleich bedingt die Erhebung von Bevölkerungsdaten den Einsatz einer zentralisierten (und wiederum durch entsprechende Legislation zu regelnden) Staatsmacht und die Selbstauflegung eines gewissen Maßes an Disziplin. Demographie als soziale Praxis ist somit Teil einer reflektierten Selbstregulierung westlicher Demokratiegesellschaften, wobei sie in der Politik der Rechten oft eine markantere Rolle zu spielen scheint als in der der Linken. Über die Politik und Geschichte von Datenkonstruktion und -administration hinaus umfaßt die Geschichte der Demographie auch die ihrer Publikmachung.

In diesem Jahrbuch kommen all diese Elemente der Demographie zur Sprache. So wird hier unter anderem dargestellt, wie demographische Fakten in Israel und Deutschland historisch konstruiert und auf welche Zielrichtungen hin sie in den beiden Ländern eingesetzt wurden. Es wird gezeigt, wie sich die Institutionen und Praktiken der sich mit statistischen Daten befas-

senden israelischen und deutschen Institutionen historisch entwickelt haben. Hierbei muß betont werden, daß die einzelnen Beiträge keine komparativen Erörterungen der jeweiligen Problematik in Deutschland und Israel enthalten. Vielmehr geht es ihnen um eine Reflexion der Verzahnung von Demographie, Demokratie und Geschichte innerhalb jedes der beiden Länder; eine komparatistische Dimension wird durch die Gegenüberstellung vergleichbarer Beiträge geschaffen.

Man kann die einzelnen Aufsätze auch als Versuche verstehen, an einer Reihe historischer Beispiele jene Fragen abzuhandeln, die die Demographie als Wissenschaft, als öffentlichen Diskurs und als Sammlung statistischer Tatsachen und Relationen von jeher begleiten:

- Sind demographische Fakten konstruiert oder real?
- Welche Beziehung besteht zwischen den objektiven und normalisierenden Kategorien der Bevölkerungswissenschaft und einer das Einmalige, Einzigartige betonenden Geschichtsschreibung?
- Ist die Bevölkerungswissenschaft ein Produzent objektiver Fakten oder ein Instrument der Herrschaft?
- Ist der demographische Diskurs zwangsläufig Teil des demokratischen Diskurses oder soll er von ihm unter gewissen Umständen als undemokratisch verbannt werden?

Manche der hier vertretenen Autoren suchen diese Fragestellungen dezidiert in die eine oder andere Richtung zu beantworten. Durch Zusammen- und Gegenüberstellung dieser Standpunkte will dieses Jahrbuch zeigen, daß ein umfassender historischer Ausblick keine einfachen kategorischen Antworten erbringen kann. Statt dessen erweist es sich, daß die Fakten der Demographie zwar immer historisch und politisch konstruiert sind, sich aber dennoch auf reale Gesellschaftsentwicklungen beziehen; daß Bevölkerungswissenschaft und Geschichte sich zwar gegenseitig bereichern, doch nie ersetzen können; daß Demographie sich zwar wissenschaftlicher Praktiken, Elemente und Methoden bedient, diese aber von Regierungsmechanismen untrennbar sind; und daß Demographie im demokratischen Diskurs ebenso unentbehrlich ist wie sie gefährlich sein kann. Diese unaufhebbare Doppeldeutigkeit der Demographie zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Band.

Religion – Konfession – Nation

Schon Mitte des 19. Jahrhunderts spielte in den amtlichen Publikationen des Preußischen Statistischen Bureaus die Konfessionsstatistik eine zentrale Rolle, wie *Michael Schneider* in seiner Studie erläutert. Im Vorfeld des Kulturkampfes wollte das Statistische Bureau aus protestantischem Blickwinkel nicht nur feststellen, ob die Zahl der Katholiken in Preußen zu- oder abnahm, sondern auch aufzeigen, daß letztere sich nur in slawischen Gebieten mit niedrigem Bildungsstand ausbreiteten.

Einerseits entstand die Demographie, wie am Beispiel Preußens gezeigt, als wissenschaftlicher Diskurs Hand in Hand mit dem modernen Staat und wurde so institutionalisiert. Andererseits bestimmten Staatsinteressen, welche demographischen Fakten von der neuen Wissenschaft in den Blick genommen wurden. Nicht nur Alter, Gesundheit, Einkommen, Lebensdauer und Fertilität wurden in Preußen als entscheidende Elemente der Bevölkerungsstruktur angesehen, auch die Konfession und Religion der Bürger wurden zum zentralen Anliegen der Demographie, weil sie ein Anliegen des Staates waren.

Wie aus dem Beitrag von *Veronika Lipphardt* hervorgeht, wurden die Daten zu Mischehen der Juden in Deutschland wie auch die Fruchtbarkeit und die Lebensdauer der Juden schon Ende des 19. Jahrhunderts thematisiert. Damals geschah dies aus einem stereotypisierenden, von der Evolutionsbiologie geprägten Blickwinkel, der die Juden als eine Rasse ansah.

Es ist aufschlußreich, *Lipphardts* Artikel zusammen mit dem Beitrag von *Sergio DellaPergola* zu lesen, der sich mit der heutigen Demographie der Juden in der Welt und auch spezifisch in Israel befaßt. Natürlich ist *DellaPergola* gegenwärtige Perspektive auf das Judentum nicht biologisch, doch fokussiert auch er auf Mischehen aller Art – zwischen Juden und Nichtjuden in den USA sowie zwischen aschkenasischen Juden und Juden orientalischen Ursprungs in Israel. Im Gegensatz zum biologischen Determinismus des evolutionistischen Ansatzes, der Demographie in die Naturgeschichte einbettete, zeigt *DellaPergola*, daß Kultur auf zwei Ebenen maßgebend ist: Zum einen erinnert sein Aufsatz daran, daß in einer gegebenen Gesellschaft eine Tendenz zur kulturellen Integration bestehen muß, bevor eine statistisch bedeutsame Anzahl von Männern und Frauen verschiedener ethnischer, konfessioneller, religiöser oder nationaler Zugehörigkeit beschließen, miteinander eine Ehe einzugehen. Anders gesagt: Das soziale Umfeld, in dem die doch höchst individuelle Wahl eines Lebenspartners stattfindet, ist kulturell bestimmt. Zum anderen hat die statistische Verteilung individueller Entscheidungen, wie der Wahl eines Ehepartners aus einer anderen ethnischen, konfessionellen, religiösen oder nationalen Gruppe, einen offensichtlichen Einfluß auf die ethnische, konfessionelle, religiöse oder nationale Identität der in solchen Familien geborenen Kinder, da diese nicht eindeutig der einen oder anderen Kategorie angehören. Insofern haben Mischehen, sofern sie von statistischer Bedeutung sind, letztendlich eine langfristige und entscheidende Auswirkung auf das Fortbestehen der jeweiligen Gruppen, aus denen die Ehepartner stammen. So argumentiert *DellaPergola*, daß die im Zeitalter der kulturellen Integration verstärkte Tendenz zu Mischehen zwischen aschkenasischen und orientalischen Juden in Israel zwar eine Integration des jüdischen Volkes bewirken kann, daß aber die durch denselben kulturellen Zeitgeist ermöglichten zahlreichen Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden in den USA das Weiterbestehen der Juden dort bedrohen können.

Von Geburt bis Tod – Biologie und Kultur

Die Erkenntnis, daß Bestehen und Verwaltung einer modernen Gesellschaft von demographischen Entwicklungen abhängig sind, brachte nicht nur die Schlußfolgerung mit sich, daß eine solche Gesellschaft eines bevölkerungswissenschaftlichen Sachverständes bedarf. Sie führte auch zum praktischen Schluß, daß ein moderner Staat durch entsprechende bevölkerungspolitische Maßnahmen demographische Fakten mit dem Ziel des allgemeinen Wohlstandes bis zu einem gewissen Grad steuern kann und soll. So will die moderne Regierung nicht nur wissen, ob und wie rasch sich die Bürger fortpflanzen und vermehren. Im Normalfall wird die Regierung auch Schritte unternehmen, um die Fertilität der Bevölkerung zu fördern oder zu hemmen – denn im modernen Staat ist Bevölkerung nicht nur ein Wissensobjekt, sondern immer auch ein Interventionsobjekt. Erstaunlicherweise spart aber der demographische Diskurs das Sexuelle immer aus; statt dessen positioniert er sich mit Vorliebe zwischen dem Ökonomischen und dem Biologischen.

Wie *Ursula Ferdinand* in ihrem Essay zum Werk Julius Wolfs ausführt, bleiben deshalb Bevölkerungswissenschaftler wie er, der Anfang des 20. Jahrhunderts eine kulturwissenschaftlich fundierte sexologische Erklärung des Geburtenrückgangs entwickelte, Randfiguren der modernen Demographie. Wolf argumentierte schon damals gegen Fertilitätstheorien, die Fortpflanzungsentscheidungen durch ökonomische Nutzenmaximierung erklären – wie dies auch heute geschieht. Er unterschied zwischen Wohlstand und Kultur und führte die abnehmenden Geburtenzahlen in Deutschland auf eine gewandelte Sexualmoral zurück, die nichts mit Unterhaltsmitteln, jedoch viel mit der Emanzipation der Sexualmoral von Tradition und Religion zu tun hatte.

Ferdinands Beitrag illustriert, wie das Thema Geburtenrückgang die deutsche Bevölkerungswissenschaft schon seit einem Jahrhundert beschäftigt. Statt Kultur und Sexualität betont die Bevölkerungswissenschaft bis heute oft ethnische, biologische und genetische Elemente und verwendet organische Metaphern, die mit demokratischen Werten der Individualität in Konflikt stehen.

Während es in *Ferdinands* Essay um den Diskurs über den Lebensanfang geht, befaßt sich die Studie *Thomas Bryants* mit dem demographischen Diskurs über den Lebensabend. Seine Abhandlung zur Geschichte des Alterungsdiskurses in Deutschland bringt zum Ausdruck, daß das, was oft als ein Problem des späten 20. Jahrhunderts präsentiert wird, Teil eines Diskurses ist, der sich, mit negativen, unheilvollen Attributen wie Desaster, Verderben und Untergang ausgestattet, durch das gesamte 20. Jahrhundert hindurchzieht. Diese Historisierung relativiert die heutige Debatte, indem sie zeigt, daß gewisse Elemente ihrer Rhetorik nicht als für die heutige Zeit spezifisch verstanden werden können, sondern unter Umständen Ausdruck des problematischen Verhältnisses der modernen Gesellschaft zum Alter sind.

Deutsche Demographie vor, im, und nach dem »Dritten Reich«

Auch bei *Matthias Weipert* geht es um demographische Rhetorik. Er hebt Argumentationsmuster hervor, mit denen zur Weimarer Zeit in Konversationslexika und Rundschauzeitschriften »nationale Aufgaben« in bezug auf die Bevölkerung ins deutsche Bewußtsein gerufen werden sollten. Es ging unter anderem um »Volksgesundheit« und den Kampf gegen die »Degeneration«.

Weiperts historisches Beispiel zeigt eindrücklich, daß Demographie zwar auf Statistik basiert – einem Wissenschaftsbereich also, der mit scheinbar simplen, klar umrissenen Kategorien operiert und mithin den Eindruck vermittelt, trockene, naturgegebene, auf objektiven Fakten beruhende Daten des sozialen Universums zu liefern. Entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch werden aber statistische Daten nicht einfach »gesammelt« oder »erhoben«, sondern durch eine Vielfalt von, ihrerseits historisch begründeten, Techniken, Definitionen und Kategorien »konstruiert«: Diese wiederum tragen viel zum Selbstbild einer Nation bei, indem sie Äquivalenz- und Normwerte, Einheiten mathematischer Messung und Berechnung schaffen. Sie liefern nicht schlicht mittels einer objektiven Inventarisierung der Bevölkerung faktische Informationen über eine bestimmte Gesellschaft. Wenn Bevölkerungswissenschaft meinungsbildend und popularisierend den öffentlichen Diskurs mitprägt, dient sie oft auch dazu, Krisendiagnosen auf tendenziöse Weise zu untermauern und zu verschärfen.

Bernhard vom Brocke befaßt sich nicht mit Rhetorik, sondern mit den Karrieren der Bevölkerungswissenschaftler, deren Lebenslauf und Weltanschauung, sowie den Institutionen, durch die der Nationalsozialismus die Bevölkerungswissenschaft rassistischer Prägung gefördert hat. Er zeigt, daß trotz der Unterstützung, die der Nationalsozialismus einerseits aus weiten Kreisen der Bevölkerungswissenschaft erhielt, und der ausgiebigen Förderung und Institutionalisierung, von denen diese profitierte, es auch deutsche Bevölkerungswissenschaftler gab, die sich dem Nationalsozialismus nicht beugten. Während Friedrich Zahn, Präsident der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 1941 über das »gebrauchsfertige Wissen« schwärmte, das von »wissenschaftlichen Soldaten« des Nationalsozialismus erbracht werde,¹ wanderten einige seiner Kollegen aus, andere mußten flüchten, gingen ins innere Exil, wurden verfolgt und mundtot gemacht. *Vom Brockes* Beitrag erinnert, daß ein Teil der deutschen Bevölkerungswissenschaft, der dem Nationalsozialismus huldigte, zwar vorübergehend ein goldenes Zeitalter hatte, die deutsche Bevölkerungswissenschaft als Ganze letztlich aber dadurch wesentliche Verluste erlitt.

1 Götz Aly/Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung: Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main 2005, 19.

Als nach dem Krieg die deutschen Bevölkerungswissenschaftler wieder internationale Kontakte und Legitimierung suchten, gingen die ausländischen Kollegen zwar nicht ohne weiteres über die Verstrickung der Bevölkerungswissenschaft mit dem NS-Regime hinweg; doch wurden, wie *Alexander Pinkwinkler* aufzeigt, in den fünfziger und sechziger Jahren deutsche Historiker-Demographen mit vormals »völkischer« Denkrichtung keineswegs international abgelehnt oder ausgeschlossen.

Von Berlin nach Jerusalem – Demographie im Zionismus und in Israel

Das nationalsozialistische Regime unternahm den Versuch, die Demographie Europas mit beispielloser Brutalität zu verändern. Die jüdische Bevölkerung war dabei sein primäres, wenn auch nicht einziges Opfer. Der Versuch, die Juden zu vernichten, schuf eine tragische und untrennbare Verkettung zwischen der deutschen Politik und der Demographie der europäischen Juden.

Es gibt jedoch auch andere, in die Wissenschaftsgeschichte und die Ursprünge des Zionismus zurückreichende historische Verbindungen zwischen Deutschland und der Demographie der Juden Europas, die weniger düster sind. Wie *Etan Bloom* in seinem Essay ausführt, erstellte zu Anfang des 20. Jahrhunderts unter dem Einfluß des zionistischen Denkens Arthur Rupp in Berlin den ersten wissenschaftlich-demographischen Datenbestand der europäischen Juden. Das damals geformte demographische nationale Selbstverständnis war in späteren Jahren mitbestimmend für einen Teil der zionistischen Siedlungspolitik in Palästina.

Moshe Sicron führt die Geschichte der Demographie in Palästina aus einer anderen Perspektive weiter. In einer in der Mandatszeit beginnenden historischen Darstellung betont er den praxisorientierten Charakter der bevölkerungswissenschaftlichen Institutionen, Techniken und Definitionen, die bei der Gründung Israels geschaffen wurden, um die Verwaltung des neuen Staates auf die Beine zu stellen. Dafür galt es, bestimmte soziale Gruppen nach Kategorien zu umreißen und zu messen, die zugleich wissenschaftlich und für den Staat bedeutungsvoll waren. Einerseits waren diese demographischen Daten das Resultat administrativer Verfahren, andererseits sollten sie diese ermöglichen und unterstützen. Zugleich sollten sie aber auch den Anspruch der Wissenschaftlichkeit und Objektivität erfüllen.

Aus einer dem demographischen Diskurs gegenüber kritischen politischen und wissenschaftshistorischen Perspektive untersucht *Anat Leibler* ein Beispiel demographischer Praxis, in der zugleich die israelische Bevölkerung als solche und die israelische Bevölkerungswissenschaft entstanden. Leibler schildert die erste israelische Volkszählung im November 1948. Das neue Central Bureau of Statistics hatte ursprünglich einen möglichst wissenschaftlichen, umfassenden und objektiven Zensus im Auge, der festhalten sollte, wer zu diesem Zeitpunkt Einwohner Israels war und damit ein Recht auf

Staatsbürgerschaft hatte. Doch politische und kriegsbedingte Umstände führten dazu, daß der Zensus nicht alle Menschen umfaßte, die damals in Israel wohnhaft waren. Teile der palästinensischen Einwohnerschaft wurden nicht gezählt und so für immer aus der israelischen Gesellschaft ausgeschlossen. Leiblers Beitrag bietet eine Illustration dafür, wie sich die wissenschaftliche Demographie nicht nur als Regierungsinstrument verwenden lassen kann, sondern sich unter Umständen auch nicht besonders demokratischer Herrschaftsmittel – in diesem Extremfall sogar einer über ein ganzes Land verhängten Ausgangssperre – bedient, um Daten zu beschaffen.

Zusammen gelesen, ergeben die Aufsätze *Blums*, *Sicrons* und *Leiblers* ein komplexes Bild der Konstituierung der israelischen Bevölkerung und der Begründung der israelischen Bevölkerungswissenschaft. Es wird aufgezeigt, wie eine Volkszählung zur Bestimmung diente, wer Bürgerrechte im neuen Staat erhalten sollte und etwa ins Wahlregister der israelischen Demokratie aufzunehmen war. So agierten zum einen Bevölkerungswissenschaftler als Wegbereiter einer demokratischen Gesellschaftsordnung und lieferten auch gleich die Fakten, auf denen die spätere Bevölkerungspolitik Israels aufbaute. Zum anderen wurde in diesem konstitutiven Akt auch entschieden, wer nicht in die neue Demokratie aufgenommen wurde, und so die zionistische Siedlungspolitik fortgesetzt, deren demographische Logik sich Ruppin Jahrzehnte zuvor in Deutschland angeeignet und von da nach Palästina gebracht hatte.

Migration – Ost und West

Unter anderem geht es bei *Blum*, *Sicron* und *Leibler* auch um Migration: die Migration der Juden aus Europa nach Palästina sowie die erzwungene Migration eines Teils der Palästinenser aus dem westlichen Teil Palästinas in die umliegenden Gebiete. Migration steht im Zentrum des Beitrags von *Christian Saebrendt*, der die Debatte zur Abwanderung aus dem Osten, die in jüngster Zeit in Deutschland zu einem akuten Politikum geworden ist, mit einem historischen Hintergrund versieht.

Saebrendt zeigt, daß dieses aktuelle Phänomen mitnichten allein durch die Wiedervereinigung und die damit verbundenen gesellschaftlichen Problemen erklärt werden kann. Vielmehr gebe es bereits seit einem Jahrhundert eine Abwanderung von Deutschen aus dem Osten in den Westen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts, zusammen mit dem Geburtenrückgang, auch wesentlich zur Legitimierung der deutschen Bevölkerungswissenschaft und -politik gedient habe. Im Kaiserreich, in der Zwischenkriegszeit, unter dem Nationalsozialismus – seit hundert Jahren wird diese Abwanderung erforscht und werden wirtschaftliche Gegenmaßnahmen ergriffen. Doch nur die Mauer konnte die Wanderung aus dem Osten in den Westen vorübergehend aufhalten.

Ingo Haars Essay spricht einen anderen Aspekt des Diskurses zur Migration vom Osten in den Westen an – die Konstruktion der Demographie der

in der Endphase des Zweiten Weltkriegs und danach aus Ost- und Mitteleuropa vertriebenen Deutschen. Sein Beitrag befaßt sich nicht nur mit der »Dokumentation der Vertreibung« im allgemeinen, sondern untersucht spezifisch die Art, in der die Vertriebenenverbände Statistiken der Opfer von »Flucht und Vertreibung« erstellten, um seit den fünfziger Jahren den deutschen Opferdiskurs anzuschüren. *Haars* Thema sprengt den Rahmen der üblichen Diskussion um die politische Konstruktion und Verwendung von Migrationsstatistiken; es geht bei ihm nicht primär um die Statistik derer, die vom Osten in den Westen kamen, sondern um die »Vertreibungsverluste«. So wird aufgezeigt, wie unter gewissen Umständen auch Todesstatistiken politisch relevant sein können.

Im Vertreibungsdiskurs geht es um Krieg, Heimat und Zugehörigkeit. Die Auswanderung der Juden aus der Sowjetunion in den siebziger Jahren und deren Einwanderung nach Israel hatten zwar keinesfalls mit Vertreibung zu tun, aber auch sie enthielt diese Elemente und war für mindestens zwei Jahrzehnte von brennender politischer Bedeutung. *Fred Lazins* Studie zeigt, wie Israel immer wieder versuchte, jüdische Auswanderer aus der ehemaligen Sowjetunion als Einwanderer nach Israel zu bringen, indem darauf gedrängt wurde, ihnen die Einwanderung in die USA zu erschweren. Es ging der israelischen Regierung darum, den jüdischen Staat durch die Immigration von – zudem aschkenasischen – Juden demographisch zu stärken. Interessanterweise war es in den siebziger Jahren für die israelische Regierung notwendig, in den USA vorstellig zu werden, weil russischen Juden, denen das Verlassen der Sowjetunion erlaubt wurde, als Flüchtlinge das Recht zustand, in den Vereinigten Staaten politisches Asyl zu beantragen. Als 1989 der Kalte Krieg zu einem Ende kam und der Eiserne Vorhang fiel, verloren sie dieses Recht und damit die Möglichkeit einer privilegierten Aufnahme in die Vereinigten Staaten. Deshalb wanderte in den folgenden Jahren eine beispiellose Zahl von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Israel ein. Mit dem Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 änderten die jüdischen Auswanderer ihre Präferenzen und bevorzugten nunmehr mehrheitlich Deutschland als Einwanderungsziel, wo ihnen aus historischen Gründen die Einwanderung nur schwer verweigert werden kann.

Demographische Szenarien – Demokratischer Diskurs

Der letzte Schwerpunkt dieses Jahrbuchs nimmt auf die in den Medien Deutschlands geführten politischen Debatten zur Demographie Bezug, in denen Experten der Bevölkerungswissenschaft und Intellektuelle sich gegenseitig in der Formulierung apokalyptischer Prognosen überbieten. Die einen begründen Niedergangsprophetieungen mit demographischen Deformationen, wie Überalterung, Geburtenrückgang und Bevölkerungsschrumpfung; diese sollen angesichts des Unwillens der demokratischen Entscheidungsgremien, gegenläufige politische Maßnahmen zu treffen, die

Überlebensfähigkeit der deutschen Gesellschaft in Frage stellen. Durch statistische Modelle werden imaginäre gesellschaftliche Modelle naturalistisch heraufbeschwört, die Befürchtungen und Ängste erwecken. Zuweilen werden auch der Feminismus, der hohe Bildungsgrad der deutschen Frauen und deren Streben, auf dem Arbeitsmarkt kinderlos konkurrieren zu wollen, als Ursachen dessen, was als demographische Selbstzerstörung dargestellt wird, hervorgehoben.

Christoph Butterwege ist einer der Kritiker solcher demographischer Argumente in deutschen politischen Debatten, die mit Schlagworten wie »Bevölkerungsschwund«, »Überfremdung« und »Vergreisung« Angst vor der Zukunft Deutschlands hervorrufen wollen. In seinem Beitrag stellt er »Familienpolitik« der »Bevölkerungspolitik« gegenüber – in letzterer gehe es um die Armut *an* Kindern, während die von ihm befürwortete Familienpolitik primär die Armut *der* Kinder bekämpfen soll. Er prangert den demographisch gefärbten unheilverheißenden politischen Diskurs zu Fertilität und Nachwuchs als eine der Demokratie abträgliche Demagogie an, da sie biologische und ethnische Elemente hervorstreiche.

Tatsache ist, daß Deutschland seit einigen Jahren eine der niedrigsten Geburtenziffern Europas aufweist. Auf die Tradition der Bevölkerungslehren des 18. Jahrhunderts zurückgreifend, gibt *Helmut Birg* dazu eine wissenschaftliche Erklärung, die langfristige zivilisatorische Faktoren sowie kurzfristige Ursachen wie Bildungsreform, Frauenbewegung, Berufsperspektiven und die Antibabypille mit einbezieht. Damit weist er auf die »demographische Herausforderung« hin, deren Beginn er in Deutschland mit 1972 datiert, dem Jahr, in dem die Zahl der Sterbefälle zum ersten Mal die der Geburten überstieg. Er betont, daß die niedrige Geburtenrate nichts mit der Frauenerwerbsquote zu tun und daß ein Weniger an Kindern Deutschland wenigstens vorübergehend reich gemacht habe. Doch bringt er eine wissenschaftlich fundierte Prognose vor, der zufolge die »zwingende Logik der Demographie« Deutschland in eine Zukunft steuere, in der das Wachstum des Volkseinkommens und des Wohlstands sowie der Handlungsspielraum des Staates und der Sozialpolitik eingeengt würden. Gleichzeitig würden Generationenkonflikte, regionale Konkurrenz und Integrationsprobleme zunehmen, sofern nicht eine die Geburtenrate ankurbelnde Politik in die Wege geleitet wird.

Josef Schmid erklärt die negative Geburtenbilanz Deutschlands vor allem durch den Versuch der Menschen in einer postindustriellen Gesellschaft, alles zu vermeiden, was Flexibilität im Arbeitsmarkt einschränken könnte. Da in dieser Gesellschaft zugleich auch die Lebenserwartung ansteige, werde Deutschland immer älter. Er betont auch die Schwierigkeiten, im Schatten des »Dritten Reichs« und im Rahmen der öffentlich-demokratischen Gesetzgebung einer individualistischen Gesellschaft nicht nur administrative Schritte zu unternehmen, sondern auch solche, die einen kulturellen Wandel bewirken sollen, in dem »ein Stück vormoderner Lebensgesetzlichkeit auch in der Moderne für gültig erkennt« würde.

Zu diesem Schwerpunkt des Jahrbuchs gehören auch die Ausführungen *Yoav Peleds* zur aktuellen demographischen Kontroverse in Israel. Wie alle anderen gesellschaftlichen Debatten ist hier der demographische Diskurs durch den Konflikt mit den Palästinensern geprägt, und fast alle israelischen Parteien sind auf die eine oder andere Art an diesem Diskurs beteiligt. Doch wurde mit der *Yisrael Beiteinu*-Partei, die unter dem Vorsitz von Avigdor Liberman bei den letzten Wahlen elf Parlamentssitze erhielt, im Herbst 2006 erstmals eine Partei in die Regierungskoalition aufgenommen, die eine Neubestimmung der israelischen Grenzen befürwortet; eine solche würde Palästinenser, die seit 1948 als gleichberechtigte israelische Bürger innerhalb der Staatsgrenzen leben, unter Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft aus dem Staat ausschließen, um die jüdische Mehrheit des Staates zu gewährleisten. *Peled* beleuchtet in seinem Beitrag die Problematik, die diese kraß ethnisch-demographisch artikulierte Position, die nicht zuletzt auf Überlegungen führender israelischer Demographen wie *Sergio DellaPergola* (und des in diesem Band nicht vertretenen Arnon Soffer) beruht, für eine demokratische Gesellschaftsordnung aufwirft. Er bringt diese ethnisch-demographischen Erwägungen auch mit Gesetzesbestimmungen in Verbindung, die dazu geführt haben, daß die israelischen Behörden Familienvereinigungen von Palästinensern nur unter großen Schwierigkeiten bewilligen.

Die Gegenüberstellung von *Peleds* Analyse der gegenwärtigen politischen Verwendung demographischer Denkweisen in Israel mit den Beiträgen *Birgs*, *Butterweges* und *Schmids* verdeutlicht die zahlreichen, tiefgreifenden historischen, gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und geographischen Unterschiede zwischen Israel und Deutschland, die die aktuellen demographischen Debatten beeinflussen. Gleichwohl wurde versucht, in diesem Band zu zeigen, daß sich eine parallele Analyse aufschlußreich und anregend gestaltet. Auch gibt es bedeutsame Parallelen: In beiden Gesellschaften ist das nationale Selbstverständnis in ethno-kulturellen Grundsätzen verankert; beide weisen mit Stolz auf ihre historischen Errungenschaften seit 1948/9 hin, repräsentiert durch die Schaffung einer demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Ordnung. Dieses historische Selbstverständnis als säkulare westliche Demokratie fußt auf dem Selbstbild eines durch (relativ) niedrige Geburtenraten charakterisierten, gebildeten Mittelstandes, der sich von sich rascher vermehrenden Minderheitengruppen bedrängt fühlt. Letztere werden (zumeist) als einem modern-säkularen Weltbild abweisend gegenüberstehend empfunden; dies gilt für die muslimischen Bevölkerungsgruppen in Deutschland zum einen, für die palästinensisch-arabischen und ultraorthodoxen jüdischen Bürger Israels zum anderen.

Bemerkenswert ist allerdings, daß die Autoren dieses Bands weder die Frage der Geburtenrate und Zuwanderung der Muslime in Deutschland noch die Fertilität der ultraorthodoxen Juden in Israel angesprochen haben. In beiden Fällen mag es sich um eine gewisse Berührungsangst handeln – im deutschen um das Dilemma zwischen Demokratie, Ethnie und Islam, im is-

raelischen um das Dilemma zwischen säkularem Zionismus und dem jüdisch-religiösen Erbe. In bezug auf Israel kam die Bedeutung der Geburtenrate im Rahmen eines ethnischen oder nationalen Konflikts nur hinsichtlich der Palästinenser zur Sprache. Dabei hängt es wohl von der politischen Einstellung des Lesers ab, ob statistische Modelle, die zur Warnung vor den Auswirkungen des im Vergleich mit der niedrigeren Geburtenrate der Juden raschen Bevölkerungswachstums der Palästinenser primär als nüchterne wissenschaftliche Prognosen betrachtet werden, die zu Recht Überlebensängste hervorrufen, oder als eine naturalistische Heraufbeschwörung archaischer Befürchtungen.

Nicht zufällig ist ein wesentlicher Teil der demographischen Prognosen angsterregend und will es oft auch sein; auf diese Angst vor der Demographie soll in diesem letzten Teil des Editorials eingegangen werden.

Die modernen demokratischen Gesellschaften des Westens sind in politische Systeme eingebettet, die dem Einzelnen Autonomie zusichern und diese durch unabdingbare individuelle Menschen- und Bürgerrechte schützen, die ihm die Angst vor möglichen Gewalttaten durch die Regierung oder Mitmenschen nehmen sollen. Sie sollen den Bürgern erlauben, persönliche Werte, Intentionen, Erfahrungen, Wünsche und Hoffnungen möglichst ungehindert und ungefährdet zum Ausdruck bringen zu können.

Hingegen führt die Bevölkerungswissenschaft den Regierenden und der Bevölkerung warnend vor Augen, daß demokratische Systeme zwar die Entscheidungsfreiheit der Einzelnen schützen, daß aber, da individuelle Entscheidungen von *allen* Angehörigen der Gesellschaft nicht nur einmalig, sondern *immer wieder* realisiert werden, diese zugleich dem »Gesetz der großen Zahlen« – das heißt der Statistik – unterliegen. So sind in der Demokratie zwar alle Bürger als konkrete, reale Wesen mit spezifischem Lebenslauf und unveräußerlichen Rechten geschützt, zugleich sind sie aber aus der Sicht der Demographie, die die Entwicklung der modernen Regierungssysteme begleitet, abstrakte Einheiten einer Gesellschaftskategorie, als welche sie ihre Gesellschaft und dadurch sich selbst gefährden können.

Demographie handelt immer vom »*homme moyen*«, einem durch statistische Regelmäßigkeit definierten Durchschnittsmenschen, einer Person also, die es zwar faktisch nicht gibt, die aber als statistische Fiktion zur maßgebenden Richtschnur für politische Entscheidungen dient.² Der belgische Mathematiker und Astronom Lambert Adolphe Jacques Quetelet, der nicht nur als Direktor der Königlichen Sternwarte, sondern auch als Präsident der Statistischen Zentralkommission Belgiens amtierte und mit Recht als einer der Patriarchen der modernen Statistik gilt, beschrieb schon im 19. Jahrhundert

2 Alain Desrosières, Die Politik der grossen Zahlen: Eine Geschichte der statistischen Denkweise. Aus dem Französischen von Manfred Stern, Heidelberg 2005, 84, Anm. 4.

den Menschen, wie ihn die Bevölkerungsstatistik erfaßt, als »*ein fingiertes Wesen, bei dem alle Vorgänge den in bezug auf die Gesellschaft erlangten mittleren Ergebnissen entsprechen werden*«. ³ In der Bevölkerungswissenschaft und -politik geht es also um statistische Kunstgriffe und Konventionen, die zwar auf keinen einzelnen Menschen zutreffen, es aber erlauben, langfristige gesellschaftliche Tendenzen nach- und vorzuzeichnen, die eine ganze Gesellschaft bedrohen können. Demographie ist nicht nur abstrakt und verallgemeinernd, ihre Perspektive ist auch nicht die der nächsten Wahl, sondern der *longue durée*.

Diese in ihrem innersten Kern der Demokratie entgegengesetzte Denkweise dient dazu, so behaupten die Bevölkerungswissenschaftler, langfristige Tendenzen demokratischen Handelns hervorzuheben, nicht nur um die Zukunft vorauszusagen, sondern auch um dazu beizutragen, diese demokratisch planen und etwaige Gefahren vermeiden zu können. Insofern präsentiert sich die Bevölkerungswissenschaft als ein notwendiger Bestandteil demokratischer Bevölkerungspolitik, die ihren Zweck bewußt im Widerspruch zum Individualisierenden und Kurzlebigen erfüllt; indem sie diese transzendiert, bietet sie eine notwendige Ergänzung zur Kurzsichtigkeit, die demokratische Erwägungen auszeichnet, und erlaubt es so, diese zu überwinden.

Von der preußischen Konfessionsstatistik über Daten zu Mischehen von Juden mit Nichtjuden, Migration von Ost nach West, Sexualverhalten und die Entscheidung, Kinder zu haben oder nicht – in einem Teil der hier vorgelegten Beiträge geht es um historische Beispiele, in denen deutsche Bevölkerungswissenschaftler auf mögliche, verheerende kollektive Folgen, die individuelle Entscheidungen durch deren gesellschaftliche Gemeinsamkeit und Wiederholung bewirken, aufmerksam machen wollen. Oft tun sie dies mit dem Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit, daß durch den Einfluß der »großen Zahlen« individueller Entscheidungen die deutsche Gesellschaft oder wenigstens deren demokratische Ordnung untergehen könnte – sei es durch das Aussterben der Deutschen, deren Überalterung, die den Wohlfahrtsstaat zum Zusammenbrechen bringt, oder eine durch Abwanderung entstehende, Krisen bewirkende Bevölkerungsschrumpfung im Osten Deutschlands.

Wie ein anderer Teil der Beiträge verdeutlicht, in dem es um Bevölkerungswissenschaft und -politik im Zionismus und Israel von Ruppin bis

3 Adolphe Quetelet, Soziale Physik oder Abhandlung über die Entwicklung der Fähigkeit des Menschen. Nach der Ausgabe letzter Hand (1869) übersetzt von Valentine Dorn, Einleitung von Prof. Dr. Heinrich Waentig, 2 Bde., Bd. 1, Jena 1914, 165. Zit. in: Gregor Betz, Der »HOMME MOYEN« – Idee von gestern oder Phänomen der Gegenwart?, 3, online: <<http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Gregor.Betz/homme-moyen/homme%20moyen%20-%20aufsatz.pdf>>. Hervorhebung im Original. Zu Quetelet im allgemeinen siehe Daniel Schmidt, Statistik und Staatlichkeit, Wiesbaden 2005, 66 ff.

heute geht, handelt der israelische demographische Diskurs vor allem von der Balance zwischen Juden und Palästinensern innerhalb der offiziellen Staatsgrenzen von 1948 sowie im Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordanfluß, das seit 40 Jahren unter israelischer Kontrolle steht. Auch wichtige politische Entscheidungen der jüngsten Zeit, wie zum Beispiel der Abzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005, wurden wenigstens zum Teil mit demographischen Erwägungen begründet. Es wurde behauptet, der Abzug aus einem Gebiet mit 1,6 Millionen Palästinensern, deren Geburtenrate zwei- bis dreimal so hoch ist wie die der Israelis, sei notwendig, um langfristig die jüdische Mehrheit im israelischen Kontrollbereich zu erhalten.⁴

Solche Warnungen vor einem demographischen Untergang vonseiten Bevölkerungswissenschaftler in Deutschland und Israel erwecken – zu Recht oder Unrecht – existentielle Ängste, die die Gesellschaft oder Gesellschaftsordnung betreffen, zu der der einzelne Bürger gehört und mit der er sich identifiziert. Demographische Gefahren dieser Art erscheinen bisweilen wie unüberwindliche Monster, die dem Leben der Demokratie ein Ende zu bereiten drohen, bis sich ein edler Ritter der Bevölkerungswissenschaft findet, der sie entdeckt und der gefährdeten, aber nicht immer dankbaren Gesellschaft im letzten Moment mit klugem Rat zu Hilfe kommt.

Ein dritter Teil von Beiträgen historisiert diese Warnungen. Er zeigt, daß Demographen immer wieder die Frage aufwerfen, ob die von ihnen untersuchte Gesellschaft nicht durch die Gesamtzahl der individuellen Entscheidungen ihrer Mitglieder in den Untergang getrieben wird. Wie oben erwähnt, bleibt hier dahingestellt, ob der in diesem oder jenem Fall aufgezeigte Widerspruch zu Recht oder zu Unrecht hervorgehoben wurde. Es sollte vielmehr verdeutlicht werden, daß das *Prinzip des Widerspruchs* zwischen dem Einzelnen und dem Kollektiv den kurzfristigen und langfristigen Folgen menschlichen Handelns, den Warnungen der Bevölkerungswissenschaft und den vor ihr erweckten Ängsten zugrunde liegt.

Während demographische Diagnosen und Prognosen nach dem hier erklärten Prinzip des Widerspruchs sich über das Kurzfristige hinausgehend und von diesem abstrahierend auf das Langfristige beziehen, scheint das historische Selbstverständnis einiger Bevölkerungswissenschaftler paradoxerweise relativ kurzfristig angelegt zu sein. Weite Kreise der Profession scheinen den existentiellen Ängsten gegenüber keine langfristige Perspektive zu besitzen, die sie durch die dramatische Steigerung des Widerspruchs zu einer Tragik des Untergangs immer wieder hervorrufen. Diese demographischen Ängste zu historisieren ist eines der Absichten dieses Jahrbuchs; es will deshalb die Demographie und ihre langfristige Perspektive nicht nur als Gegensatz und zugleich als Ergänzung der Demokratie darstellen, sondern präsen-

4 Sergio DellaPergola, Die »demographische Frage« ist nicht tot, in: *Haaretz*, 24. Januar 2006 [hebr.].

tiert auch die Bevölkerungswissenschaft und -politik in Deutschland und Israel aus einer langfristigen und vergleichenden historischen Perspektive.

*

Einige Worte noch zu den Rezensionen und Dissertation Abstracts, die diesen Band abschließen. Zum einen werden Bücher besprochen, die seit 2005 in englischer, aber vor allem in hebräischer Sprache von israelischen Autoren verfaßt oder herausgegeben wurden. Zum anderen beziehen sich die Abstracts auf Dissertationen an israelischen Universitäten, die sich mit einem Thema der deutschen Geschichte befassen. Aufgabe dieses Abschnittes ist es, über die Sprachbarriere hinweg den deutschen Lesern zumindest einen Eindruck der historischen Forschung zu vermitteln, die in jüngster Zeit in Israel zur deutschen Geschichte durchgeführt wurde.

José Brunner, Herbst 2006